

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 7-8

Artikel: Profile der Weltpolitik
Autor: Schmidt, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337944>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Profile der Weltpolitik

Im Mittelpunkt des politischen Interesses der letzten Wochen und Monate stand und steht der Nahostkonflikt, der die Gefahr in sich barg und noch birgt, zu einem weltweiten Brand auszuarten. Es war das dritte Mal innert zwanzig Jahren, dass sich Israel und die arabischen Staaten bewaffnet gegenüberstanden, und es war das dritte Mal, dass der kleine Staat Israel mit den Waffen siegte, siegte gegen ein zahlenmäßig überlegenes Heer der arabischen Staaten. Es ist auch das dritte Mal, dass Israel Gefahr läuft, den Frieden zu verlieren, der auf dem diplomatischen Schlachtfeld ausgefochten wird.

Es ist keineswegs sicher, dass Nasser den bewaffneten Konflikt wünschte, im Gegenteil hoffte er, durch Worte und geschickte taktische Schachzüge für die arabische Sache Prestige zu gewinnen. Nassers Rücken wurde gestärkt durch die Sowjetunion, die hoffte, im Nahen Osten eine zweite Front errichten zu können und von Vietnam abzulenken. Das Ziel der Sowjetunion war es zweifellos, die Amerikaner in Schwierigkeiten zu bringen und den Nahen gegen den Fernen Osten auszuspielen.

Aber Israel, das sich in seiner Existenz mit Recht bedroht fühlte, hat Moskau durch seine entschlossene Haltung und durch seinen Sieg im Blitzkrieg einen Strich durch die Rechnung gemacht. Amerika brauchte nicht Farbe zu bekennen, weil Israel mit den Waffen allein fertig wurde, und die Sowjetunion wollte um der arabischen Sache willen keinen Weltkrieg riskieren. Parallelen mit Kuba tauchten auf. Die Sowjetunion versuchte auf der diplomatischen Ebene, hauptsächlich vor dem Forum der Vereinten Nationen in New York, ihr angeschlagenes Prestige wieder aufzupolieren. Sie hat es um so nötiger, ihre Stellungen im Nahen Osten zu bewahren, als sich mit China ein radikalerer Partner der Araber fand, der bereit wäre, in die Lücke zu springen, um die Sache gegen die «Kolonialisten, Imperialisten und Kapitalisten» auszufechten. Nasser hat vorläufig seine Position halten können, doch mit Algeriens Houari Boumediene hat er einen Widersacher erhalten, der bis zum Äußersten gehen will.

Mit Israels Sieg auf dem Schlachtfeld ist der Konflikt im Nahen Osten noch lange nicht beendet, und es ist leider zweifelhaft, ob diesmal eine dauerhafte Lösung gefunden werden kann, zweifelhaft angesichts der Unversöhnlichkeit Nassers, Boumediennes und der arabischen Staaten, zweifelhaft auch, weil der Nahe Osten kein lokal begrenztes Problem darstellt, sondern zum Spielball der «Herren der Welt», der Sowjetunion, der USA und Chinas, geworden ist.

Die Begegnung Johnson/Kossygin in Glassboro

Der russische Ministerpräsident war nach New York gekommen, um vor dem Forum der Vereinten Nationen das im Nahostkonflikt verlorengegangene Pre-

stige wieder aufzuwerten und den arabischen Nationen den Rücken zu stärken. Was lag für Johnson näher, als zu versuchen, mit ihm ins Gespräch zu kommen. Johnson wollte nicht nach New York fahren, Kossygin nicht nach Washington, also traf man sich schliesslich in der Mitte, im kleinen Städtchen Glassboro.

Über das Ergebnis der Gespräche kann man enttäuscht oder erfreut sein, je nachdem, was man erwartete. Und man durfte nicht zu viel erwarten. Schon die Tatsache, dass sich die «Herren der Welt» überhaupt trafen, ist positiv zu werten. De Gaulle hatte ja ein Gespräch der vier «Grossen» vorgeschlagen; dass er und Wilson nicht beigezogen, sondern nur nachträglich informiert wurden, zeigt deutlich, dass man Frankreich und Grossbritannien nicht mehr zu den ganz «Grossen» zählt. Als allerdings abwesender, aber nicht mehr zu übergehender Gesprächspartner meldete sich China mit seiner Wasserstoffbombe.

In Glassboro war es nach sechs Jahren das erste Mal, dass sich der amerikanische Präsident und der russische Ministerpräsident trafen. Damals, 1961, versuchte Chruschtschew, dem «jungen Mann» Kennedy in Wien das Fürchten zu lehren. Aber Chruschtschew erlebte dann sein Kuba. In Glassboro hatte Kossygin sein Kuba schon hinter sich, den Nahostkonflikt.

In Glassboro waren sich die beiden Staatsmänner nur über einen einzigen konkreten Punkt einig, über die Existenzberechtigung Israels als Staat. Und das ist immerhin etwas. Im übrigen war man sich einig, dass man nicht einig ist. Und doch ist die Begegnung von Glassboro als positiv zu werten. Sie zeigte doch den Willen der «Grossen» zum Kontakt, zum Gespräch. Für Johnson war das Treffen ein Prestigegeginn, und in den USA wurde es natürlich publizistisch gross ausgewertet. In Moskau hingegen machte man kein Aufhebens um die Begegnung, um nicht China Wind in die Segel zu geben, das natürlich von «einer Einkreisungstaktik der Imperialisten und Revisionisten gegen China» spricht.

Johnson selber meinte über Glassboro: «Sie werden sich nicht wundern, dass diese beiden Treffen nicht alle unsere Probleme gelöst haben. In einigen Fragen haben wir Fortschritte gemacht, indem wir Missverständnisse reduziert haben, sowie in der Bestätigung unserer gemeinsamen Verpflichtung, nach einer Vereinbarung zu suchen... Wenn Nationen in gewissen Fragen tiefgehende Differenzen haben, wie das hier der Fall ist, werden sie sich kaum einigen, nur weil sie ihr gegenseitiges Verständnis verbessern; aber solche Verbesserungen können immerhin hilfreich sein. Manchmal findet man in solchen Diskussionen Elemente von etwas Gemeinsamem, sogar mitten in einem allgemeinen Mangel an Übereinstimmung.»

Johnson meinte zum Abschluss, das Treffen von Glassboro habe die Welt noch etwas kleiner gemacht, als sie schon sei, aber auch etwas weniger gefährlich.

Die Haltung Italiens im Nahostkonflikt

In Italien ist eine heftige Diskussion im Gange, die sich mit der Haltung der italienischen Regierung im Nahostkonflikt befasst. Besonders ins Schussfeld geraten ist dabei wieder einmal Aussenminister Amintore Fanfani, dem man proarabische Tendenzen vorwirft. Italien hat sich nämlich im Konflikt auf keine Seite geschlagen, sondern eine Haltung der «Äquidistanz und des Pazifismus» eingenommen. Fanfani versuchte wieder einmal mehr, grosse Politik zu machen, indem er als Schiedsrichter auftrat und in grossen Worten den Krieg im allgemeinen und den Nahostkonflikt im besonderen verurteilte. Die italienische Regierung weigerte sich auch, auf den Vorschlag Washingtons für eine Erklärung der Freiheit der Meere einzugehen. Immerhin ist Fanfani nun bereit, den Sieg Israels als «eine menschliche und politische Realität» hinzunehmen.

Fanfani erhielt Schützenhilfe aus dem linken Flügel seiner eigenen christlichdemokratischen Partei und namentlich vom ehemaligen Staatspräsidenten Giovanni Gronchi, der als Sprecher der Pazifisten auftrat und jedes Engagement für die eine oder andere Seite ablehnte. Vorbehaltlos stellten sich die Kommunisten hinter den Aussenminister, indem sie sich als einzige «friedliebende Partei» herausstellten und die Sozialisten als «Interventionisten und Befürworter von militärischen Abenteuern» bezeichneten. Vizeministerpräsident Nenni, der Führer der Sozialisten, hatte nämlich eine ganz andere Haltung als Moro und Fanfani eingenommen und Israel in einer feurigen persönlichen Erklärung seiner Solidarität versichert. Damit sprach Pietro Nenni dem italienischen Volk aus dem Herzen, das in seiner grossen Mehrheit mit Befremden die Haltung der italienischen Regierung zur Kenntnis nahm. Eine Pro-Israel-Veranstaltung in Mailand wurde denn auch zu einer Demonstration gegen die Regierung, und man forderte den Rücktritt Fanfanis.

Auch in der italienischen Presse wurde die Haltung der Regierung Moro teils heftig kritisiert. So fragte sich namentlich der «Corriere della Sera», ob es für Italien wirklich von Vorteil wäre, wenn Nasser seinen Einflussbereich bis an die Meerenge von Sizilien ausdehnen könnte. In ihrer Stellungnahme zum Nahostkonflikt liess sich die Regierung neben politischen zweifellos hauptsächlich von wirtschaftlichen Überlegungen leiten. Es darf nicht ausser acht gelassen werden, dass Italien Ägypten einen Kredit in der Höhe von 123 Millionen Dollar gewährte, was fast so viel ist wie der von den USA bewilligte Kredit von 131 Millionen. Gronchi verwies denn auch auf die italienischen Ölinteressen im Nahen Osten und bezog sich auf «Ölkönig» Enrico Mattei.

Staatspräsident Giuseppe Saragat versuchte in einer Rede den von der Regierung hinterlassenen zwiespältigen Eindruck wieder etwas zu verwischen, indem er sich von den nasserfreundlichen Strömungen in der Regierung distanzierte. Er kritisierte auch die Haltung des Papstes, dem zu sehr nur die heiligen Stätten am Herzen gelegen seien statt die Menschen. Saragat betonte mit Recht: «Nicht nur Kirchen und Klöster sind heilige Stätten. Überall, wo ein

Mensch leidet, überall, wo eine Mutter und ein Kind in Gefahr sind, ist ein heiliger Ort.»

Obwohl der Krieg in kurzer Zeit beendet werden konnte und nun auf diplomatischer Ebene fortgesetzt wird, dürfte in Italien die aussenpolitische Auseinandersetzung noch ein innenpolitisches Nachspiel haben. Dies könnte so weit gehen, dass wieder einmal die ganze Regierung in Gefahr geraten könnte, zumindest aber Aussenminister Amintore Fanfani.

Chinas Aufstieg zur Atommacht

Während Ministerpräsident Kossygin in New York vor der UNO-Generalversammlung auftrat, um für die Sowjetunion auf der diplomatischen Ebene jenes Prestige zurückzugewinnen, das sie im kürzlichen Nahostkrieg verlor, explodierte in der Provinz Sinkiang Chinas erste Wasserstoffbombe. Spezialisten hatten zwar erwartet, dass China in absehbarer Zeit imstande sein würde, die Wasserstoffbombe herzustellen, aber nicht vor 1968. Auch versagte die amerikanische Frühbeobachtung diesmal. So kam die Meldung überraschend, aber sie kam in einem wichtigen Moment. Radio Peking wies darauf hin, «die chinesische H-Bombe sei auch eine Ermutigung für das arabische Volk in seinem Kampf gegen die Aggression».

«Die Welt» kommentiert unter Hinweis auf die vorläufig mehr politische als militärische Bedeutung der chinesischen H-Bombe wie folgt: «Das chinesische Kalkül läuft denn auch nicht auf die Konfrontation in der Gegenwart, sondern auf den langfristigen Prestigegegewinn hinaus. Nach Lage der Dinge muss dieser Prestigegegewinn in der farbigen unterentwickelten Welt vor allem auf Kosten Moskaus gehen. Der Kreml wiederum kann dem nur entgegenwirken, wenn er grosszügig das liefert, was diese Völker vor allem andern haben wollen. Und hier liegt nun eine der schmerzlichsten Konsequenzen des 17. Juni: Die Sowjetunion wird eine gärende Welt weiterhin und möglicherweise sogar verstärkt mit Waffen beliefern.»

Der chinesische Eklat hat wieder eine grosse Gefahr deutlich gemacht: die Gefahr der Unterschätzung oder falschen Einschätzung des Riesenreiches. Vor allem in den USA hat man in letzter Zeit mit China kaum mehr gerechnet; man glaubte das Land hoffnungslos in innenpolitische Wirren um die Kulturrevolution verstrickt. Die «Neue Zürcher Zeitung» schreibt dazu: «Das gelungene und von der amerikanischen Atomenergiekommission bestätigte Experiment deutet darauf hin, dass gewisse Sektoren der wirtschaftlich-strategischen Planung und Erzeugung vom Kulturmobil ausgeschlossen blieben, und dass Mao einer Elite von Wissenschaftlern Freiheiten einräumte, in der Überzeugung, dass sie wesentliche Instrumente zur Erreichung einer chinesischen Weltmachtstellung sind.»

Tatsache ist, dass die Explosion der H-Bombe für China einen grossen Prestigegegewinn bedeutet, vor allem bei den Völkern Asiens und Afrikas. Bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage im Nahen Osten und in Vietnam muss China mit ins Kalkül einzogen werden. Johnson und Kossygin stehen nicht

mehr allein, sie müssen mit Mao rechnen. In diesem Licht müssen auch die Verhandlungen über einen Atomsperrvertrag gesehen werden, die sich in Genf mühsam hinschleppen. Ein solcher Vertrag nützt nichts, auch wenn er überhaupt zustande kommen sollte, wenn nicht auch China einbezogen werden kann. Es darf nicht vergessen werden, dass es Chinas erstes Ziel ist, als «das Dach der Welt» Beachtung zu finden. Die H-Bombe, obwohl sie vorläufig mehr politisches als militärisches Gewicht hat, ist ein wertvoller Trumpf Maos. Daran ändern auch die Erklärungen U Thants nichts: «Jede Explosion einer Atom- oder Wasserstoffbombe durch irgendein Land und irgendwo ist im Zusammenhang mit den Entschliessungen der Generalversammlung der UNO hierüber zu bedauern.»

Die H-Bombe in der Hand Chinas hat die Gewichte der Weltpolitik verändert. Dies ist eine historische Realität, die Realität des 17. Juni 1967.

Georg Scheuer

Maghreb im Nahostgewitter

Überraschenderweise engagierten sich die drei Maghrebänder im Nahostkrieg, Juni 1967, stärker als vorgesehen. Wohl bekundeten Algerien, Tunesien und Marokko seit langem ihre theoretische und grundsätzliche Solidarität mit Ägypten und Syrien im Kalten Krieg gegen Israel, dachten aber bis zur Junikrise 1967 nicht an praktischen militärischen Einsatz.

Die innen- und aussenpolitischen Differenzen und Gegensätze zwischen den arabischen Ländern wurden im Sturm der Juni-Ereignisse einige Tage lang überbrückt, ohne aber ganz zu verschwinden.

Die drei Maghrebstaaten hatten in den letzten Jahren zu verschiedenen Zeitpunkten und aus verschiedenen Gründen Krach mit Kairo. Tunesien und Marokko knüpften enge Beziehungen mit den Vereinigten Staaten. Andererseits leben in den drei Maghrebändern trotz massiver Auswanderung immer noch starke jüdische Minoritäten. Aus allen diesen Gründen konnte man also annehmen, die drei Maghrebänder würden in ihrem Engagement für Nasser über bestimmte Grenzen nicht hinausgehen. Die Juni-Ereignisse beweisen das Gegenteil.

Algerien

Den kühnsten Vorstoss leistete sich Oberst Boumedienne, dessen Regierungssystem innen- und aussenpolitisch mit dem Regime Oberst Nassers am verwandtesten ist.

Nach Ben Bellas Sturz war es allerdings zu einer Vertrauenskrise zwischen Kairo und Algier gekommen. Ben Bella hatte seit langem als Nassers Schüt-